



Durchwahl: 0511 3030-2151
Mein Zeichen: II/73 - 0103 - 00/7
(Kurzbericht-18-Wo-Go)

7. Mai 2019

KURZBERICHT

über Ausschusssitzungen des Niedersächsischen Landtages in der Zeit vom 29. April bis 3. Mai 2019

Montag, 29. April 2019

1 Ausschuss für Wissenschaft und Kultur (18. Sitzung)

Beratungsthemen:

1. [Chancen der Künstlichen Intelligenz in Niedersachsen ausbauen, Anwendungen in den Zukunftsbranchen fördern](#)
[Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/2582](#)

Der Ausschuss führte eine Anhörung durch. Angehört wurden:

- Frau Prof. Dr.-Ing. Delphine Reinhardt, Georg-August-Universität Göttingen
- Herr Prof. Dr. Berthold Vogel, Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen an der Georg-August-Universität Göttingen
- Herr Arvin Arora, AIM Agile IT Management GmbH Hannover
- Herr Ben Ellermann, MUUUH! Next GmbH Osnabrück
- Herr Prof. Dr. Oliver Thomas, Deutsches Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz Saarbrücken
- Herr Prof. Dr. Wolf-Tilo Balke, TU Braunschweig, L3S Research Center

2. [Imam-Weiterbildung an der Uni Osnabrück erhalten - nachhaltige Lösungen finden](#)
[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/1527](#)

Der Ausschuss setzte diesen Punkt von der Tagesordnung ab.

3. [**Konzept Landesmuseen 2035**](#)
[Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/2890](#)

Der Ausschuss nahm eine Unterrichtung durch die Landesregierung über den aktuellen Sachstand entgegen und führte darüber eine Aussprache.

4. a) [**Nachhaltige Gründungsoffensive für Niedersachsen**](#)
[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/2828](#)
- b) [**Kein Bürokratie-Stipendium schaffen - Gründerstipendien gründerfreundlich gestalten!**](#)
[Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/2889](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Er kam überein, dem federführenden Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung anstelle einer förmlichen Stellungnahme einen Auszug aus der Niederschrift zu diesem Tagesordnungspunkt zur Verfügung zu stellen.

5. [**Technologieoffenheit muss die Maxime der Politik bleiben!**](#)
[Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/3253](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Er kam überein, dem federführenden Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung anstelle einer förmlichen Stellungnahme einen Auszug aus der Niederschrift zu diesem Tagesordnungspunkt zur Verfügung zu stellen.

2 Ausschuss für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz (36. Sitzung)

Beratungsthemen:

1. [**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Abfallgesetzes**](#)
[Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/3014](#)

Der Ausschuss hörte zu dem Gesetzentwurf die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände an.

2. [**Atomrisiken nicht weiter exportieren: Brennelementefabrik in Lingen stilllegen!**](#)
[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/980](#)

Der Ausschuss ließ sich durch die Landesregierung ergänzend unterrichten, führte darüber eine Aussprache und schloss daraufhin auf Antrag der Fraktion der Grünen die Beratung ab. Der Ausschuss empfahl dem Landtag, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, FDP, AfD

Ablehnung: GRÜNE

Enthaltung: -

3. [**Unsere Gewässer vor multiresistenten Keimen schützen!**](#)
[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/644](#)

Der Ausschuss ließ sich durch die Landesregierung ergänzend über die im Änderungsvorschlag der FDP-Fraktion beschriebenen technischen Verfahren ergänzend unterrichten und führte darüber eine Aussprache.

Sodann schloss er die Beratung über den Antrag ab und empfahl dem Landtag, den Antrag in geänderter Fassung (Vorlage 3) anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, FDP

Ablehnung: -

Enthaltung: GRÜNE, AfD

4. **Mieten-TÜV einführen**
Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/2567

Der Ausschuss ließ sich durch die Landesregierung zu dem Antrag unterrichten, führte hierüber eine Aussprache und schloss sodann die Beratung des Antrags ab. Er empfahl dem Landtag, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE

Ablehnung: FDP

Enthaltung: AfD

5. **Moratorium für Erdgas- und Erdölbohrungen im Raum Bad Fallingbostal**
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/3263

Die Fraktion der Grünen stellte die Grundzüge des Antrags vor. Er bat die Landesregierung, ihn zu dem Antrag schriftlich zu unterrichten und in diesem Zuge ergänzend auf die Möglichkeit einzugehen, ein Moratorium zwischen Landesregierung und Förderunternehmen auszuhandeln.

6. **Vom EichenprozeSSIONSSpinner Betroffene finanziell unterstützen - Versprechungen einhalten**
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/3225

dazu: Eingabe 00906/09/18

Die Fraktion der Grünen stellte die Grundzüge des Antrags vor. Der Ausschuss bat die Landesregierung um eine Unterrichtung zu dem Antrag, insbesondere auch zum Vorgehen gegen den EichenprozeSSIONSSpinner in anderen Landkreisen.

3 Enquetekommission „Sicherstellung der ambulanten und stationären medizinischen Versorgung in Niedersachsen - für eine qualitativ hochwertige und wohnortnahe medizinische Versorgung“

(11. und 12. Sitzung)

Beratungsthemen:

1. **Erörterung zu Abschnitt I des Einsetzungsbeschlusses in der Drs. 18/2351 - Ambulante medizinische Versorgung -**

Die Kommission nahm die Erörterung zu Abschnitt I des Einsetzungsbeschlusses in der Drs. 18/2351 - Ambulante medizinische Versorgung - auf und hörte dazu Herrn Dr. Berndt (Deutscher Hausärzteverband - Landesverband Niedersachsen) und Herrn Kreisrat Amelsberg (Landkreis Gifhorn, Gesundheitsregion Gifhorn).

2. **Erörterung und Auswahl der in einer Arbeitsgruppe zu Abschnitt III des Einsetzungsbeschlusses in der Drs. 18/2351 - Notfallversorgung - zusammengetragenen Lösungsvorschläge**

Die Kommission setzte die Erörterung der in einer Arbeitsgruppe zu Abschnitt III des Einsetzungsbeschlusses Drs. 18/2351 - Notfallversorgung - zusammengetragenen Lösungsvorschläge fort.

3. **Sitzungsplanung/Terminangelegenheiten**

Die Kommission erörterte die Tagesordnungen für die Sitzungen am 6. Mai 2019 und am 20. Mai 2019.

4. **Verschiedenes**

Dienstag, 30. April 2019

4 Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe (4. Sitzung)

Beratungsthemen:

1. **Beratung und Beschlussfassung über Erörterungsgegenstände (§ 2 Abs. 3 der besonderen GO i. V. m. § 18 b Abs. 1 GO LT)**

hier: Unterrichtung durch die Landesregierung über die „Beschulung von Kindern und Jugendlichen während des Aufenthaltes in Landesaufnahmeeinrichtungen“

Die Kommission nahm eine ergänzende Unterrichtung durch die Landesregierung zu diesem Thema entgegen und führte darüber eine Aussprache. Sodann nahm sie den vorliegenden Beschlussvorschlag des Kommissionsmitgliedes Dr. Hadeed mit drei Gegenstimmen und einer Enthaltung an.

2. **Beratung und Beschlussfassung über Erörterungsgegenstände (§ 2 Abs. 3 der besonderen GO i. V. m. § 18 b Abs. 1 GO LT)**

hier: Unterrichtung durch die Landesregierung zum Beschluss der 13. Integrationsministerkonferenz im März 2018 „Leistungen und Beiträge von Migrantinnen und Migranten erforschen und angemessen kommunizieren“

Die Kommission nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

3. **Beratung und Beschlussfassung über Erörterungsgegenstände (§ 2 Abs. 3 der besonderen GO i. V. m. § 18 b Abs. 1 GO LT)**

hier: Unterrichtung durch die Landesregierung zu

- a) der „Wiedereinsetzung ausreichender Gelder für das Jahr 2020 zur Durchführung der ‚Lernsprachkurse‘ für Menschen mit ungeklärtem Bleiberecht“

- b) der Resolution des Niedersächsischen Integrationsrates „Sofortige Rücknahme der Streichung der kostenlosen Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs für die Bewohnerinnen und Bewohner zwischen der Erstaufnahmereinrichtung ‚Kloster Blankenburg‘ und der Stadt Oldenburg“
- c) dem Positionspapier „Rechtsruck in Deutschland“

Die oben genannten Unterrichtungen wurden vertagt.

4. Terminangelegenheiten

- a) Die Kommission kam überein, die für den 24. September 2019 anberaumte Sitzung auf den 17. September 2019 vorzuverlegen.
- b) Ferner verständigte sich die Kommission darauf, dem Gesprächswunsch des Niedersächsischen Bundes für freie Erwachsenenbildung e.V. am 21. Mai 2019 zu entsprechen.

5. Verschiedenes

Die Kommission diskutierte die Stellungnahme der Wohnungsgenossenschaft Hameln zu den näheren Umständen einer Absage auf die Bewerbung einer Hamelner Sintiza um eine Wohnung. Sie kam überein, zunächst die weitere Entwicklung auf kommunaler Ebene abzuwarten.

Donnerstag, 2. Mai 2019

5 Ausschuss für Inneres und Sport (50. Sitzung)

Beratungsthemen:

1. [Die gute Idee eines „Rechtsschutzfonds für Einsatzkräfte“ mit Leben füllen - Einsatzkräfte nicht im Stich lassen!](#)
[Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/2902](#)

Der Ausschuss führte zu dem Antrag eine Anhörung durch. Angehört wurden:

- Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände
- Landesfeuerwehrverband Niedersachsen e. V.

2. a) [Entwurf eines Reformgesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung und anderer Gesetze](#)
[Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/850](#)

dazu: Eingaben 00600/02/18 und 00731/02/18

Der - federführende - Ausschuss führte den zweiten Beratungsdurchgang durch.

Er empfahl dem Landtag vorbehaltlich der Zustimmung der mitberatenden Ausschüsse, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 38 mit weiteren Änderungen anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, AfD

Ablehnung: GRÜNE, FDP

Enthaltung: -

Berichterstattung (schriftlicher Bericht): Abg. Oetjen.

Der Ausschuss empfahl dem Landtag, die Eingaben mit der Verabschiedung des Gesetzentwurfes für erledigt zu erklären und die Einsender über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

Zustimmung: SPD, CDU, AfD

Ablehnung: GRÜNE, FDP

Enthaltung: -

b) **Für ein Niedersächsisches Gefahrenabwehrgesetz ohne Symbolpolitik und Generalverdacht**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/828

Der Ausschuss empfahl dem Landtag, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, AfD

Ablehnung: GRÜNE, FDP

Enthaltung: -

c) **Testphase zur Einführung einer Elektroschockwaffe (Taser) bei der niedersächsischen Polizei**

Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/1086

Das Ausschussmitglied der Fraktion der AfD beantragte, zu dem Antrag die Polizeigewerkschaften anzuhören. Der Ausschuss lehnte es ab, eine Anhörung durchzuführen.

Der Ausschuss empfahl dem Landtag, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP

Ablehnung: AfD

Enthaltung: -

d) **Einrichtung einer Regierungskommission - politische Versäumnisse in der Sicherheitsstruktur aufarbeiten und verbessern**

Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/1385

Der Ausschuss empfahl dem Landtag, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU

Ablehnung: GRÜNE, FDP

Enthaltung: AfD

e) **Können ein Mehr an Sicherheit und Datenschutz mit einer videobasierten Situations- und Gegenstandserkennung gleichermaßen verwirklicht werden?**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/3415

Der Ausschuss empfahl dem Landtag, den Antrag unverändert anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, AfD

Ablehnung: GRÜNE, FDP

Enthaltung: -

3. [Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes und anderer Gesetze](#)
[Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drs. 18/154](#)

dazu: Eingaben

Ein Ausschussmitglied der Fraktion der CDU stellte den Änderungsvorschlag der Fraktionen der SPD und der CDU (Vorlage 24) zu dem Gesetzentwurf in Drs. 18/154 vor. Der - federführende - Ausschuss begann daraufhin mit der Beratung über diesen Änderungsvorschlag.

Der Ausschuss beschloss einstimmig, zu dem Änderungsvorschlag in der Sitzung am 23. Mai 2019 eine mündliche Anhörung durchzuführen. Angehört werden sollen die kommunalen Spitzenverbände und die beiden Dachverbände von Bürgerinitiativen gegen Straßenausbaubeiträge. Den Antrag der Ausschussmitgliedes der Fraktion der FDP, auch den Verband Wohneigentum und das Landvolk mündlich anzuhören, lehnte der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der CDU gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der Grünen, der FDP und der AfD ab.

Der Ausschuss kam überein, den Verband Wohneigentum, das Landvolk, den Bund der Steuerzahler, den Allgemeinen Verein für gerechte Kommunalabgaben in Deutschland, Haus & Grund sowie den Mieterbund um schriftliche Stellungnahme zu dem Änderungsvorschlag in Vorlage 24 zu bitten. Der Ausschuss stellte den Fraktionen anheim, weitere Verbände zu benennen, die um eine schriftliche Stellungnahme gebeten werden sollen.

4. **Aktenvorlage gemäß Artikel 24 Abs. 2 der Niedersächsischen Verfassung zu Vorgängen im Nds. Ministerium für Inneres und Sport betreffend die sogenannte „Rathaus-Affäre“**

Bei Stimmenthaltung der Ausschussmitglieder der Fraktionen der Grünen und der FDP erklärte der Ausschuss einstimmig die nach dem Schreiben des Ministeriums für Inneres und Sport vom 18. April 2019 vorgelegten und von der Landesregierung als vertraulich gekennzeichneten Unterlagen gemäß § 95 a GO LT für vertraulich.

Freitag, 3. Mai 2019

6 Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen (29. Sitzung)

Beratungsthemen:

1. [Entwurf eines Reformgesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung und anderer Gesetze](#)
[Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/850](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Er schloss sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Inneres und Sport an, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 38 mit weiteren Änderungen anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU
Ablehnung: GRÜNE, FDP, AfD
Enthaltung: -

2. **Änderung der Geschäftsordnung des Niedersächsischen Landtages**
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP - Drs. 18/2426

Diesen Punkt setzte der - mitberatende - Ausschuss von seiner Tagesordnung ab.

3. **Konsequentes Vorgehen gegen kriminelle Familien-Clans**
Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/1521

Der - federführende - Ausschuss kam überein, zu dem Antrag eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Er bat die Sprecher der Fraktionen, den Kreis der Anzuhörenden festzulegen. Die von der Landesregierung übersandte Landesrahmenkonzeption erklärte der Ausschuss einstimmig für vertraulich gemäß § 95 a der Geschäftsordnung.

4. **Beschlussfassung über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Unterrichtung durch die Landesregierung anlässlich der Berichterstattung in der Bildzeitung vom 11. April 2019 zu der Suspendierung eines Mitarbeiters des niedersächsischen Verfassungsschutzes und deren Hintergründe**

Der Ausschuss bat die Landesregierung um mündliche Unterrichtung.

7 Ausschuss für Haushalt und Finanzen (53. - teilweise vertrauliche - Sitzung)

Beratungsthema:

Öffentlicher Sitzungsteil

Zusätzlicher Tagesordnungspunkt

Aktenvorlagebegehren des Ausschussmitglieds der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu den in dem Antrag vom 18. Februar 2019 aufgelisteten Themenschwerpunkten im Zusammenhang mit der NORD/LB

Aktenvorlagebegehren der FDP-Fraktion vom 8. Februar 2019 zum „Fusionsprozess zwischen NORD/LB und BLB im Jahr 2017“

Der Ausschuss fasste einen Beschluss nach § 95 a GOLT über die Vertraulichkeit der mit zwei Schreiben des Finanzministeriums vom 2. Mai 2019 vorgelegten und in Teilen als vertraulich zu behandelnden Unterlagen.

Vertraulicher Sitzungsteil

Unterrichtung durch die Landesregierung zum aktuellen Stand NORD/LB

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

8 Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung
(33. Sitzung)

Beratungsthemen:

1. [Niedersächsisches Rüstungsindustriekataster](#)

[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/3256](#)

hier: Unterrichtung durch die Landesregierung

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

2. [Bahnverkehr voranbringen, Bürgerbeteiligung gewährleisten, Lärmschutz stärken](#)

[Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/2901](#)

hier: Unterrichtung durch die Landesregierung

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

3. **Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema „Neuregelung der Betriebsbeschränkungen für den Flughafen Hannover–Langenhagen“**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

4. [Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung von Zukunftsinvestitionen und Zukunftsvorsorge](#)

[Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/3476](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung gemäß § 28 Abs. 4 GO LT durch und beschloss, dem federführenden Ausschuss anstelle einer Stellungnahme einen Auszug aus der Niederschrift zu übermitteln, aus dem sich das Meinungsbild des Ausschusses ergibt.

5. [Aufhebung des Feiertagsfahrverbots an nicht bundeseinheitlichen Feiertagen](#)

[Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/1255](#)

Der Ausschuss schloss die Antragsberatung ab. Er empfahl dem Landtag, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, AfD

Ablehnung: FDP

Enthaltung: -

6. [Halt von Fernverkehrszügen am Bahnhof Hamburg-Harburg dauerhaft sichern](#)

[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/3552](#)

Der Ausschuss nahm die Beratung auf. Er erörterte Grundzüge des Antrags und besprach Verfahrensfragen.

7. Verschiedenes

Der Ausschuss beschloss den Themenkatalog für das Gespräch mit dem Gesamtverband Niedersächsischer Kreditinstitute am 14. Juni 2019.

Auf Wunsch des Sprechers der Fraktion der FDP kam der Ausschuss überein, in einer der nächsten Sitzungen den Entwurf eines Reformgesetzes zur Vergabe öffentlicher Aufträge in Niedersachsen - Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drs. 18/1524 - auf die Tagesordnung zu setzen.

Im Auftrage

Wieseahn